

Vermögen nach der Krise

Martin Schürz¹

Warum über Vermögen sprechen bei einer Armutskonferenz? Geht es nicht um die Armen, die gerade über kein Vermögen verfügen, bestenfalls ein bescheidenes Einkommen haben, eine kleine staatliche Zuwendung erhalten? Und wenn wir über das Vermögen der Reichen sprechen, ist da nicht nur Neid im Spiel, sollten wir uns nicht darauf beschränken, leise anzumahlen, dass Gleichheit alle glücklich macht und dann hoffen, dass die Reichen die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen? Und ist es nicht unabdingbar den Reichen in der Finanzkrise zu helfen, um uns alle zu retten; bedarf es nicht dieser Solidarität, um das Gemeinwohl zu bewahren? Und wären die Reichen nicht ohnedies gleich weg, sollten sie besteuert werden, ist der Finanzmarkt nicht längst der neue Souverän?

Über das Vermögen der Reichen muss auf einer Armutskonferenz gesprochen werden, denn es steckt den Rahmen der Möglichkeiten der Armen ab. In einer ersten Phase der Krise waren die Reichen gefährdet. Hier erwies sich die Politik als dienstefriger und willfähriger Geist der Eigentümer. In der zweiten Phase jammern die privaten Eigentümer über die Staatsverschuldung, so als wäre der Wohlfahrtsstaat übertrieben worden. Dies ist Chuzpe. Die Bankenkrise wurde zu einer Staatsverschuldungskrise und wird in der Krisenbekämpfung über staatliche Ausgabenkürzungen zum Drama der Armen.

In meinem Vortrag geht es um Vermögensreichtum, Demokratie und Macht. Ich werde ihnen Belege zum Vermögensreichtum anführen. Ich werde argumentieren, dass dieser Reichtum Machtasymmetrien verstärkt und die Demokratie gefährdet. Mein Argument wird so aufgebaut sein: zu großer privater Vermögensreichtum führt zu Finanzinstabilität und die darauf folgenden staatlichen Rettungsmaßnahmen und wirtschaftlichen Verwerfungen sind in Folge extrem kostspielig für die Armen.

Demokratiopolitisch ist die Allianz zwischen Reichen und Politik zutiefst fragwürdig. Vermögensreichtum ist nicht über Leistung begründbar, sondern reflektiert einfach Erfolg. Aber auch Erfolg wird zu begründen gesucht und dies insbesondere in Krisenzeiten. Die Reichen sagen ja nicht, sie hätten unverschuldet Glück gehabt, sondern sie seien tüchtiger, einfallreicher, risikofreudiger oder hatten wenigstens fleißigere Eltern. Besonders gerne wird

¹ Bei diesem Text handelt es sich um die überarbeitete Version der Eröffnungsrede der Salzburger Armutskonferenz 2011. Die Gedanken des Autors sind ausschließlich privat.

Reichtum zudem über sinnvolle Reichtumsverwendung (Philanthropie) begründet.

Vermögensreichtum

Die Vermögenskonzentration in den meisten Ländern ist ein bekanntes Faktum. Ganz Wenige haben (besitzen) ganz viel. In den USA hält das oberste 1% ein Drittel des gesamten Vermögens, und in europäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Spanien ist die Lage nicht viel besser. **Der Anteil der reichsten 5% der privaten Haushalte in den USA am gesamten Vermögen liegt bei über 60%. Die ärmsten 80% haben fast nichts.**

In Österreich ist dies ähnlich. In Österreich gibt es aber zudem immer noch Datenprobleme. Erstmals – und dass dies so ist, ist ein wirtschaftspolitisches Skandalon – wird es Zahlen zur privaten Vermögensverteilung Ende 2012 geben. Diese Daten erhebt die OeNB im Rahmen des Eurosystems. Warum wurde hierzu nicht früher geforscht? Vielleicht weil Verteilung über zwei/drei Jahrzehnte kein Thema war, weil in den Dekaden des Neoliberalismus behauptet wurde, dass Gleichheit wachstumsfeindlich sei. Die Daten werden wir nächsten Herbst veröffentlichen und ich verrate nichts, wenn ich sage, wir werden eine massive Ungleichheit dokumentieren. Und dies trotzdem wir das Thema der Superreichen in der Erhebung verfehlen, weil Reiche diskret sind, und sich freiwilligen Befragungen gerne entziehen. Milliardäre wollen unerkannt bleiben. Auch die Bereitschaft zum Mitwirken an der Forschung ist ungleich verteilt. Die Erhebungsmethoden (freiwillige Stichproben) verhindern vorab, dass man den Blick nach ganz Oben richten könnte, auf das oberste Promille, d.h. das oberste Tausendstel, wo der Reichtum gewaltige Dimensionen annimmt.

Von Veröffentlichungen zu den Daten der privaten Vermögensverteilung erhoffe ich mir trotzdem einen unumkehrbaren aufklärerischen Effekt. Immer wird ja noch Einkommen mit Vermögen verwechselt. Hinsichtlich Einkommensungleichheit schaut es in Österreich im Ländervergleich nicht so schlimm aus, aber bei Vermögensungleichheit ist dies anders. Und wer über Armut und Reichtum sprechen will, muss die Einkommenswelt der Armen mit der Vermögenswelt der Reichen in Beziehung setzen; muss demnach sowohl auf Einkommen als auch auf Vermögen achten. Bislang wird dies nicht getan.

Was ist überhaupt Reichtum? Nun reich ist, wer von den Erträgen aus seinem Vermögen *gut* leben kann. Und was heißt gut leben? Um eine Zahl zu nennen, wer 1 Mio. € an Geldvermögen hat, wird jedenfalls reich genannt werden können. Denn er kann von den Vermögenserträgen (Annahme: 3% Vermögensrendite) leben. Von Vermögensreichtum sollten wir dann sprechen, wenn man von den Vermögeneinkünften – den lukrierten Zinsen und Renditen - besser leben kann als der Median-haushalt aus seinem Arbeitseinkommen. Das Wichtige hierbei ist: nicht einfach irgendwelche Zahlen zu nennen, sondern den Vergleich in systematischer Form zu suchen. Verglichen wird hier der Median

des Arbeitseinkommens (50% drunter und 50% drüber) mit einem Schwellenwert beim Vermögenseinkommen. Einfach Millionäre zu zählen ist hingegen unseriös, weil unbegründet. Denn wieso Millionäre? In der alten Schillingwelt hätte es 14-mal so viele in Österreich gegeben. Geht es vielleicht darum, dass Millionär faszinierend klingt? Und muss nicht zwischen einstelligen und dreistelligen Millionären unterschieden werden? Und was ist etwa mit den Milliarden? Die reichsten 10 Familien in Österreich kommen zusammen auf 65 Mrd. Euro.

Mein Antwortversuch: um die Personenzahl geht es bei einer Reichtumsbetrachtung eben nicht, sondern um den jeweiligen Anteil am Ganzen: Und da haben die obersten 10% mehr als die Hälfte, auch in Österreich, und die unteren 90% müssen sich mit dem Rest begnügen. Vielleicht stellt sich bei den Zahlen der Trend-Liste der 100 Reichsten und bei all den anderen Vermögensberichten mit Bildern von Mateschitz und Wlaschek das Gefühl ein, dass diese unvorstellbar viel haben, aber das wird sich individuell unterscheiden, und wir würden noch nicht wissen, was dies überhaupt mit den Armen zu tun hat.

Wir müssen grundsätzlich stets Folgendes zu wissen suchen, erstens, wie ist Vermögen von ganz unten bis ganz oben verteilt ist - wie viel hat der Reichste im Vergleich zu den Ärmsten - und zweitens, wie kann dies begründet werden? Hatten die Reichen nur Glück oder war es Ergebnis von kreativen Ideen und großer Anstrengung? Doch wieso soll eine gute Idee Milliarden bringen, harte manuelle Arbeit aber nur einige hundert Euro? Hayekianer behaupten, dass Reichtum sogar einen Leistungsanreiz für die Ärmeren, sich mehr anzustrengen, bildet. Nur mutet das absurd an. Erstens, fürs Reichwerden ist vor allem Herkunft entscheidend, was empirisch leicht belegt werden kann; wieso haben die Kinder reicher Eltern so viel mehr „Glück“ als jene von armen Eltern? Und zweitens, wie kann ich mich tausendmal so viel anstrengen als ich das zumeist jetzt schon tue?

Warum soll es überhaupt kümmern, wenn einige viel mehr haben? Muss man ihnen dies nicht neidlos gönnen? Nein, moralisch ist es klar, dass es darum geht, dass andere zur gleichen Zeit zu wenig haben. Der amerikanische Philosoph Thomas Pogge spricht daher von *skandalöser Ungleichheit*, weil es den Reichen ja nicht wehtut, etwas vom Überfluss abzugeben. Dieses Thema ist normativ zu klären, weil es sich um eine Gerechtigkeitsfrage handelt. Gerechtigkeit meint die Frage danach, was wir einander schulden. Und dieses „Wir“ bezieht sich auf die Gegenwart; ideologischer Humbug ist der beliebte Vorwurf an die Armen, dass sie ein Handy und Flachbildschirm besitzen. Es ist lächerlich zu behaupten, dass die Armen ohnedies besser leben als britische Edelmänner im Mittelalter. Feuer machen wir auch nicht mehr mit Steinen.

Wir müssen davon sprechen, wie unsere Gesellschaft aktuell und künftig beschaffen sein soll. Bei Gerechtigkeitsfragen geht es stets um Relationierung, um ein in-Beziehung-setzen von Menschen zueinander. Wie kann es begründet

werden, dass einige Menschen um das Millionenfache mehr haben als andere? Da dies eben nicht begründet werden kann, werden die konservativen Tiraden gegen Neidvolle, Klassenkämpfer, Enteigner und Umverteiler lauter.

Dabei ist die 99% - 1% Unterscheidung von *occupy wallstreet* zutreffend und wirtschaftspolitisch sinnvoll. Sie beinhaltet nicht mal ein zuspitzendes populistisches Moment, wenn wir auf die Vermögensverteilung achten. Sie reflektiert einfach krude Fakten. Vor einem Monat etwa hielten die reichsten 400 Amerikaner zusammen ein Vermögen von 1,5 Billionen USD (dies bedeutete übrigens ein Plus von 12% gegenüber dem Vorjahr; soviel zur Krise der Reichen). Bei den unteren 99% ist die Ungleichheit zwar auch bedeutsam, aber erst im obersten Perzentil schlägt gleichsam Quantität in Qualität um. Dort bekommt das Vermögen eine neue Beschaffenheit. Im obersten Perzentil lebt man besser von den Vermögenseinkünften als von Arbeitseinkünften.

Die Unterscheidungen Reiche versus kleine Häuselbauer bzw. Mittelschicht sind willkürliche Bezugnahmen auf Ausschnitte der Vermögensverteilung. Sie verschleiern das Thema der Armut, weil sie so tun, als würde beim Eigenheimbesitzer die soziale Welt enden. Das Relationieren von 1% - 99% vergleicht hingegen gesellschaftliche Verhältnisse konsequent zwischen Unten und Oben. Und dies benötigen Sie, wenn Sie über Ungleichheit in Österreich sprechen wollen. Die Betrachtung muss vom Obdachlosen bis zur Familie Porsche reichen. Ein Beispiel aus Österreich: der Abstand beim Immobilienvermögen vom ärmsten Perzentil zum 99. Perzentil beträgt einige Millionen, jener vom 1. Perzentil zum 99. Perzentil einige Milliarden. Da ist dann Schluss mit der Mär vom erarbeiteten Wohlstand. Dort kollabiert bereits die Vorstellung, wie viel das ist. Deswegen werden ja oft Millionen und Milliarden verwechselt. Auch mit Bildern tut man sich schwer. Wenn ich etwa sage, dass man damit hunderte Fußballfelder mit 500er Scheinen auslegen könnte, so hilft Ihnen dies nur wenig. Wer hat Bilder von hunderten Fußballfeldern im Kopf. Wenn ich versuche, Reichtum nach Größe zu visualisieren, dann gibt es die Liliputaner, die normal gewachsenen Menschen und die Riesen. Nur wer hat eine Vorstellung zum Leben der Riesen?

Lassen Sie es mich noch anders veranschaulichen, es ist keine soziale Gerechtigkeitsfrage, ob ein Freibetrag von 500.000 Euro oder 1 Mio. Euro bei einer geplanten Vermögenssteuer auch jemanden aus der Mitte betreffen kann oder nur noch Reiche. Denn nicht jede individuelle Interessensverletzung ist bereits ein Gerechtigkeitssthema. Dies ist zuerst eine statistische Frage. Dafür benötigt man Daten, und dass man die nicht einmal hat, verweist auf gesellschaftliche Machtverhältnisse. Dass man

trotzdem über Vermögenssteuer und Freibeträge schwadronieren darf, belegt die mangelnde Ernsthaftigkeit der vorgeblichen Gerechtigkeitsbemühungen. Und dann ist es eine Frage der Begründung, wieso wir bestimmte Einkommensquellen bei der Besteuerung besser stellen wollen. Wieso das Erben auszeichnen gegenüber der ansonsten doch so gefeierten Arbeit? Bei einer konsequenten Orientierung am Leistungsprinzip wäre überhaupt kein Freibetrag vorzusehen. Auch für 10 Euro Einkommen muss die eine arbeiten und der andere bekommt sie geschenkt. Ein feudalistisches Überbleibsel ist es jedenfalls, Vermögen gegenüber Arbeit auszuzeichnen und eine fundamentale Verletzung des Ziels der Chancengleichheit sowieso. Und dann muss noch geklärt werden, wofür die Steuereinnahmen verwendet werden sollen; für weitere Eurofighter oder für Pflege, für Armutsbekämpfung?

Der Fokus auf den oberen Rand der Verteilung- auf nicht mehr als 10.000 Haushalte in Österreich - ist von den Daten her zutreffend. Die Ungleichverteilung ist so massiv, die Polarisierung beim Geldvermögen so klar (und auch beim Immobilienvermögen, wo fast die Hälfte nichts hat), dass es beim Thema der Vermögenskonzentration um die oberen Zehntausend geht. Es muss primär über die Vermögen der obersten Perzentile und nicht deren Einkommen gesprochen werden.

Der im Umfeld der Armutskonferenz viel zitierte Richard Wilkinson bezieht sich in seiner Forschung notgedrungen nur auf Einkommen. Andere Daten hat er nicht zur Verfügung. Daneben und gleichsam dahinter gibt es eine andere Welt, jenes des Vermögens, das Land der *men of property*. Und wenn behauptet wird, dass jeder etwas an Vermögen habe, dann stimmt dies eben nur in einem ganz engen Sinn; kleine Ersparnisse, ein paar Goldmünzen, manche einen Strebergarten, andere ein kleines Haus, die meisten haben jedenfalls nur wenig. Was heißt „wenig“? nun wenig im Vergleich zu den Reichen, aber nicht unbedingt in der Selbstwahrnehmung. Der Schrebergärtner in Wien an der alten Donau kann sich subjektiv vermögend fühlen und von seiner Wertorientierung ein Bruder im Geiste des Salzburger Villenbesitzer sein, statistisch von den Vermögenswerten betrachtet würden dies beiden Personen aber weit auseinanderliegen

Nun, wie viel an Vermögensungleichheit hält eine Gesellschaft aus? Schwer zu sagen, ungleiche Gesellschaften sind stabil und fragil gleichzeitig. Soziale Unruhen sind wie versteckte Minenfelder. Zwar gibt es keinen determinierten Weg von exzessiver Vermögenskonzentration zu sozialen Rebellionen; soziale

Unruhen fanden in England statt, wurden aber auch rasch wieder niedergeschlagen. Da sich einkommensarm und vermögensreich praktisch nicht treffen, ist der neidvolle Vergleich zwischen Arm und Reich kaum existent, sondern wird herbeigeredet.

Die Begründungsnotwendigkeit beim Reichtum verschiebt sich trotzdem gegenwärtig: hohe Gehälter der CEOs im Bankenbereich wurden manchmal damit gerechtfertigt, dass es sich beim Finanzmarkt um einen *The-winner-take-all*-Markt handle. In einem solchen Markt hängt der Erfolg von der relativen Leistung ab, also wie der Einzelne im Vergleich zu anderen abgeschnitten hat. Nicht das Ausmaß der (vergleich- und messbaren) Leistung ist für die Entlohnung maßgeblich, sondern dass nur der Superrockstar, der Top-Golfer interessiert. Keiner achtet auf die Nummer 7 beim Skiwettbewerb und deswegen bekommt der Sieger ungleich mehr (*Pavarottieffekt*). Bitte beachten Sie, dass es hier um Einkommen aus Arbeit geht (singen, Golfen was auch immer). Aber sogar bei Investmentbankern ist der Pavarottieffekt lächerlich. Zehntausende Investmentbanker mit Jahresgehältern über 2 Millionen USD allein in den USA sind doch wohl ein wenig viele Pavarottis. Die Entwicklung der Managerentlohnung im Finanzkapitalismus war wohl eher Ergebnis einer für Manager günstigen Machtkonstellation. Begünstigt durch die Globalisierung, eine Orientierung am shareholder-value und eine neoliberale Wirtschaftspolitik der Liberalisierung und Deregulierung konnten Finanzmanager den Preis für ihre Arbeitsleistungen zu einem erheblichen Teil selbst gestalten.

Legitimation des Reichtums

Leistung als Begründung von Unterschieden in sehr ungleichen Gesellschaften versagt, denn dafür sind die Unterscheide einfach zu groß. Anachronistisch mutet es daher an, dass in Österreich trotzdem weiterhin darüber schwadroniert wird. Jedoch gibt es Ersatzkandidaten für die Legitimation von Ungleichheit:

- Ersatzkandidat Nr. 1, Philanthropie: dies lenkt den Blick auf den guten Reichen, der seine Reichtumsherkunft nicht mehr begründen muss, aber sich gerne bei der Reichtumsverwendung beobachten lässt. Man muss nicht an Balzac denken (*hinter jedem großen Vermögen steckt ein großes Verbrechen*), aber Monopolstellung, Korruption, illegale Mittel, Oligarchentum nach Privatisierungen indizieren problematische Reichtumsentstehungen.
- Ersatzkandidat Nr. 2, symbolische Reichensteuer: ein Cent-obolus für Gier, Spekulation und Zocken. Die Millionärssteuer, der Gipfel der Radikalität bei Besteuerungsideen in Österreich, verspricht Millionären eigentlich, dass keine Vermögenssubstanzsteuer zu zahlen sei. Vermögensreiche sollten ja wenigstens 2% als Ertrag ihrer Veranlagung

bekommen und die vorgesehene Besteuerung wäre niedriger als dieser Ertrag, Dies bedeutet aber, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird. Diskutiert wird dies vollmundig unter dem Mantel der Gerechtigkeit.

Beide Varianten verfehlen das Thema der Machtasymmetrie und der Demokratiegefährdung. Aber beide Versionen bringen Akzentverschiebungen im Ungleichheitsdiskurs. Plötzlich gibt es *undeserving rich*. Die *undeserving poor* gab es ja stets. Faulheit, Alkoholismus und Zügellosigkeit kennzeichneten Arme, die keine Hilfe verdienten. Nun aber haben wir die Boni-Zocker und gierige Investmentbanker.

Bei den Reichen funktioniert das ideologische Muster aber anders: während es bei den Armen um Abwehr von Ansprüchen geht (fördern und fordern), geht es bei den Reichen um die Auszeichnung von *deserving rich* (d.h. nicht protzende laute Neu-Reiche, sondern vornehme Wohltäter).

Jene, die soziale Ungleichheit verharmlosen wollen, sprechen gerne vom Einkommen und ungern vom Vermögen. Und wenn vom Einkommen geredet wird, dann am liebsten von jenem der Mitte. Jeder kann etwas anderes darunter verstehen - die einen den viel zitierten Mittelstand (dann zählen auch Millionäre dazu, weil Mitte sind dies Unternehmer ja nur im Vergleich zu Konzernen), die anderen Leute mit mittlerem Einkommen, andere wiederum den ominösen kleinen Häuselbauer. Die Mitte ist ein Sehnsuchtsort, der Stabilität und Sicherheit verspricht. Doch die Mitte lebt vom Arbeitseinkommen und nicht vom Vermögen. Eine einkommensorientierte Grenzziehung der Mitte würde eine viel zu große Oberschicht erzeugen; und Armut, die zwei Euro unter der Untergrenze der Mitte beginnt, wäre zu nahe an der Mitte. Warum Einkommen? Vielleicht weil dies alle haben. Aber um Einkommen geht es bei Reichtum nicht, sondern um Vermögen. Die Reichen halten jenes Vermögen, um das sich die Mitte fürchtet. Die Aktienkurse werden über tägliche Börseberichte in TV und Radio kommuniziert, gehalten werden die Aktien aber praktisch ausschließlich von den Reichen.

Wenn fast nie ein Unterschichtkind in die Mitte kommt, und die Mitte voll Statusangst nach unten schießt und ergebnislos nach oben zielt, sehen wir eine Gesellschaft ohne Chancengleichheit. Unten darf eben keine Wüste sein und oben kein feudalistisches Refugium, denn dann wären die Statussorgen und Abstiegsängste in der Mitte geringer. Soziale Ungleichheit in Österreich kennzeichnet Armutsverfestigung und fehlende Aufstiegsmobilität; sie beinhaltet Ängste in der Mitte, dynastische Vermögenskonzentration oben und eine Verfestigung von Ungleichheit über Generation. Pirmin Fessler und ich zeigen in einer neuen Studie: ist der Papa reich, braucht der Bub nicht mal studieren, um trotzdem jene Einkommensvorteile zu haben, die Aufsteiger erst mit einem akademischen Grad bekommen.

Früher hat man Ungleichheit so legitimiert: der Kuchen wird größer (steigendes BIP-Wachstum), daher haben alle etwas vom Backen. Auch wenn der Arme ein kleineres Stück bekommt, so bekommt er doch im Lauf der Zeit mehr und dies ist schön. Nun kann aber seit längerem gezeigt werden, dass die Einkommenszuwächse nur an die Oben, ja an die ganz Oben, an die obersten Perzentile gingen. Die Reallöhne unten stagnieren, die Profite wachsen und die privaten Vermögen steigen rascher als das BIP. Wenn steigende Vermögen mehr an Ertrag abwerfen als die reale Wirtschaft, landen wir in einer *Rentiersgesellschaft*.

Solidarität mit den Reichen

Und was machten die Superreichen nun mit all ihrem Geld? Konsumieren können sie es nicht zur Gänze. Mehr als Kaviar schaufeln geht nicht. Das ist jetzt kein moralisierender Einwand, der Konsum der Reichen fördert wenigstens das Wachstum. Aber vielfach schichten die Reichen nur innerhalb ihres Vermögensportefeuilles um. Aus Aktien werden Staatsanleihen, aus Fondsanteilen wird ein Kunstwerk, aus Ersparnissen wird eine Yacht oder ein Privatflugzeug. Aber weil die Reichen so viel haben, müssen sie bei der Veranlagung nicht bei allen Vermögenskomponenten auf sicher gehen (ich spreche eben nicht von einem Sparbuch, einem Bausparvertrag), sondern Reiche haben immer Spielgeld (und da wünschen sie hohe Renditen), weil sie die Goldbarren und den Wald sowieso auch noch haben. Nur sie haben das allen empfohlene diversifizierte Portfolio.

Die Risikobereitschaft der Reichen treibt die Suche nach höheren Renditen. Nun wäre dies kein Problem, wenn das vielbeschworene Finanzkasino tatsächlich ein Kasino wäre, und jene, die stets von Risikoprämien reden, dann auch die Risiken zu tragen bereit wären und auch fähig dazu sind. Wenn die zockenden Banken 2008 vom Kasinobesuch wie Roulettesüchtige ausgesperrt worden wären, stünden wir heute nicht vor geringeren Problemen der Staatsschuldenkrise. Doch die Risikobefürworter agierten und agieren vollkaskoversichert. An Ihrer Seite steht stets dienstefrig ein Staat mit Garantien und ideologischen Versatzstücken. Zu letzteren zählt der Appell an Solidarität. Abgesehen davon, dass Solidarität nicht eingemahnt, sondern gelebt werden muss, fällt sogar dem deutschen Finanzwissenschaftler Kirchhoff, dereinst Kandidat für den Posten des Finanzministers der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Merkwürdigkeit auf: *„Wir werden aufgefordert, Solidarität mit Griechenland zu üben. Aber im Kern üben wir Solidarität mit dem Finanzmarkt. Obwohl er völlig intransparent ist, obwohl dort eine Fülle von Transfers stattfinden, die nicht mehr auf die Produktion von Gütern, also auf die Bedürfnisse von Menschen angelegt sind. Da werden Forderungen und Beteiligungen drei-, vier-, fünfmal verkauft, auf jeder Stufe gibt es Käufer und Verkäufer, Berater und Prüfer, Versicherer und*

Rückversicherer, die alle ihren Staubsauger angestellt haben, um Gewinne abzusaugen.“ (FAZ, Sonntag 21.8.2011).

Solidarität bezieht sich nationalstaatlich auf einen als Gemeinwesen verstandenen Verband. Sie entsteht durch Bildung und Aufklärung, d.h. eine funktionierende Öffentlichkeit. Entscheidend ist: *„Wenn die Bevölkerung nicht mehr weiß, wofür sie bezahlen soll - die Banken, die Wirtschaft, Griechenland, die Stabilität des Euros, die Gewinnmargen im Finanzmarkt, die Boni der Investmentbanker? - dann ist dieser Gleichheitssatz nicht mehr erfüllt. Staatsausgaben bedürfen einer deutlichen, für jedermann erkennbaren Rechtfertigung.“*(Kirchhoff 21.8.2011)

Werden die durch die Bankenkrise entstandenen Schulden vor allem ausgabenseitig zurückgeführt, wird von unten nach oben umverteilt. Denn die Übernahme der Verluste aus risikoreichen Anlagen durch den Staat betrifft vor allem vermögende Haushalte. Vor allem Reiche halten Anleihen und Aktienvermögen. Zwischenconclusio: Die Staaten halten konsequent zu einem kleinen Teil der Bevölkerung. Leider ist dies nicht der benachteiligte Teil der Bevölkerung.

Eine vermögensgleichere Gesellschaft macht krisenfester. Warum? Weil die Reichen zu riskant agieren und weil die sich daraus ergebenden Vermögensunterschiede sichtbar werden (Paläste und eine boomende Luxusbranche). Diese Sichtbarkeit veranlasst die Politik dazu, in unseriöser Weise – über billige Kreditvergabe - etwas gegen diese Ungleichheit zu tun. In den USA gelang es Menschen ohne Einkommen oder Vermögen zu einem Eigenheim zu kommen. Dauerhaft lässt sich so ein Modell nicht halten.

Konturen eines Philanthropokapitalismus

Auch das Gute ist in der Gesellschaft ungleich verteilt. Lassen Sie mich Büchner zitieren, wo der gedemütigte Woyzeck meint *„ Ja Herr Hauptmann, die Tugend! ich hab's noch nicht so aus. Sehn Sie, wir gemeine Leut, das hat keine Tugend, es kommt einem nur so die Natur, aber wenn ich ein Herr wär und hätt ein Hut und eine Uhr und eine Anglaise und könnt vornehm reden, ich wollt schon tugendhaft sein. Es muß was Schönes sein um die Tugend, Herr Hauptmann. Aber ich bin ein armer Kerl. (Büchner 1878, [2008], S. 168).* Die Medien treibt die Suche nach dem guten Reichen um.

Wie halten es die Reichen in der Krise mit dem Teilen? Es scheint ja offenkundig: würde einem Milliardär die Hälfte seines Vermögens genommen, würde er dies bei seinem Konsum nicht mal spüren. In den Medien ist aber von anderen Größenordnungen, vulgo Bagatellen,, die Rede. **Gestartet wird das Ideologisieren zumeist bei einem Dauerbrenner unter den Ideologemen,**

dass der Löwenanteil der Steuerlast von den Reichen getragen werde. Da Reiche ihre Einkommen vorrangig aus Vermögen beziehen und Vermögen kaum besteuert wird, sollte die Lächerlichkeit eines Fokus auf die Lohnsteuer blitzartig anschaulich werden. Die Mitverantwortung der Vermögenden für das Gemeinwesen wird karitativ verstanden. Die individuellen Verhaltensweisen der Reichen (etwa die Frage, ob sie gierig sind, wohlätig, maßlos usw.) interessieren und weniger die gesellschaftlich strukturellen Problemen (soziale Ungleichheit und Machtgefälle). Wer aber nur auf individuelles Verhalten bei der Reichtumsverwendung achtet, riskiert wohl tätige Reichen zweifach zu adeln. Zuerst werden ihre Privilegien bei der Reichtumsentstehung vergessen und danach wird Noblesse zugeschrieben, weil so lieb auch auf die Armen geachtet wird. Der Held ist der Philanthrop, aber nicht der Steuerzahler. Peter Sloterdijk ist der bekannteste Schlagwortlieferant der steuerunwilligen reichen Wohltäter. Er verlangt eine „Umstellung des bestehenden Steuersystems von einem bürokratisierten Ritual der Zwangsabgaben zu einer Praxis freiwilliger Beiträge zum Gedeihen des Gemeinwesens“.

Demokratisch nicht legitimierte Reiche, die ihre gesellschaftlichen Vorstellungen klandestin der Politik diktieren und ihre gesellschaftliche Anerkennung über einen moderaten Obolus und ein bescheidenes, nicht protzendes Auftreten sicherstellen, sind die neuen Rollenmodelle für gütige Oligarchen. Ihre Zuwendung an die Armen kann ja dann auch steuerlich abgesetzt werden; d.h. die Mitte zahlt für das gute Gefühl des reichen Wohltäters mit, weil der Staat nun weniger an Ausgabemöglichkeiten, etwa für Bildung, hat. Die sozialen Vereine untereinander müssen dann um die Zuwendung der Vermögenden wetteifern, egal ob sie es jetzt fein finden, dass sie jedes Jahr von der guten Laune ihres Mäzens abhängig sind oder nicht.

Demokratieaushöhlung durch Machtasymmetrie

In den an die Finanzjonglierereien anknüpfenden gesellschaftlichen Debatten hätten Wertorientierungen und Verhaltenserwartungen an politische und ökonomische Eliten reflektiert werden können. Schließlich hatten die Staaten in den letzten Jahrzehnten eine Vermögenskonzentration unvorstellbaren Ausmaßes ermöglicht. Martin Hellwig vom Max Planck-Institut stellte kürzlich die Frage: "Warum beherrscht eine Community, die durch die Erfahrungen der letzten zwei Jahre völlig diskreditiert sein sollte, nach wie vor die politische Diskussion über die Regulierung und ihre Reform?" Und der ehemalige Chefökonom des IWF Simon Johnson, ein renommierter MIT-Professor, warnt seit Langem vor der Einflussnahme der Finanzlobby auf die Gesetzgebung. Werden Banken zu groß, um in Konkurs zu gehen, dann verletzen sie einerseits Wettbewerbsvoraussetzungen am Markt (Monopole und Oligopole sind

Preissetzer), und andererseits das Demokratiekriterium, dass Entscheidungen reversibel sein müssen.

Worüber zu reden wäre, ist, wie kann verhindert werden, dass das Parlament Milliarden Euro ohne rationale und umfassende öffentliche Debatte durchwinkt. Für Österreich hätte man jedenfalls gerne Daten zu den Parteispenden und zu den Vermögenspositionen der Nationalratsabgeordneten, um politische Positionierungen bei der Frage der Besteuerung der Reichen besser verstehen zu können. Sogar in den USA gibt es diese Informationen.

Macht legt den gesellschaftlichen Rahmen fest, innerhalb dessen Vermögensungleichheit wächst und innerhalb dessen über Vermögensverteilung und Rettungsschirme gestritten wird. Diese Macht bleibt meist unsichtbar und der Rahmen erscheint oft alternativlos. Da die Politik bereit war, anstelle der Wahrung öffentlicher Interessen Freiräume für private Machtausübung zu schaffen, darf sie sich danach nicht wundern, dass die privaten Akteure von sich aus kein öffentliches Gut produzieren. Seit der Krise wird Macht zwar wieder sichtbar, aber die Alternativlosigkeit bleibt. Doch wenn jetzt die Entscheidungen für Rettungsschirme so schnell getroffen werden müssen, dass sogar die Fassade der repräsentativen Demokratie bröckelt, dann zeigt dies nicht, dass es komplexe Expertenthemen gibt, die sich dem mühseligen Geschäft der Demokratie verschließen, sondern belegt, dass diese Finanzgeschäfte ein demokratiefeindliches Element beinhalten.

Symbolisches Reichenbashing

Trotz der eklatanten sozialen Ungleichheit zeichnet sich keine Trendwende in der Wirtschaftspolitik ab. Im Gegenteil, die Wirtschaftspolitik positioniert sich weiterhin konsequent auf Seiten der Reichen. Nur tut sie dies auch, indem sie symbolisches Reichenbashing betreibt. Das Brimborium vom Markt, der Fehlverhalten unbarmherzig sanktioniert, war heiße Luft. Marktversagen ist die Regel und nicht die Ausnahme. Die Reichen wurden vom Staat gerettet, von jenem Staat also, dem Jahrzehnte lang Unfähigkeit und Ineffizienz bescheinigt worden war. Zynisch könnte man ja meinen, dass die Marktenthusiasten mit diesem Befund nicht so Unrecht hatten. Denn die Staaten retteten die Banken fast kostenfrei, ohne Einschnitte und Auflagen. Gewerkschaften andererseits begnügen sich damit, Minivermögenssteuern vorzuschlagen, und fürchten sich trotzdem, Vorwürfen des Klassenkampfes und Neidvorwurfes ausgesetzt zu sein.

Zwei grundsätzliche Überlegungen werden seltener angestellt. Sollte es nicht Reichtumsgrenzen geben und *cui bono*, wem helfen bestimmte Regelungen, die als Gemeinwohlmaßnahmen begründet werden, wirklich?

Zu ersterem:

- **Reichtumsgrenzen**

Werfen wir einen Blick in die Philosophiegeschichte zurück, dann sehen wir, dass etwa bereits bei Platon (427 bis 347 v. C.) enge Reichtumsgrenzen vorgesehen waren: *„Die Grenze des Reichtums für die oberste Klasse, welche nicht überschritten werden darf, soll der vierfache Wert des Landanteils eines Bürgers sein; Wer auf irgendwelche Weise mehr erwirbt, als innerhalb der bezeichneten Grenzen liegt, hat das Übermaß dem Staat zu übergeben.“* Platons Überlegungen bezogen sich zwar nicht auf alle, sondern nur auf einen eingeschränkten Personenkreis der Freien, aber erstaunlich scheint schon die enge Vermögensspanne von 1 zu 4. In seinem letzten Werk, den *Nomoi*, entwickelte Platon eine Güterlehre und unterschied zwischen göttlichen Gütern (Einsicht, Vernunft, Gerechtigkeit, Tapferkeit) und menschlichen Gütern (Gesundheit, Schönheit, körperliche Stärke, von Einsicht geleiteter Reichtum). Reichtum als solcher taucht gar nicht auf. Für Platon stand ja auch fest, dass *„die ganz Reichen nicht gut sind, wenn sie aber nicht gut sind, so sind sie auch nicht glücklich.“* Diese teils pejorative Sicht auf den Reichtum findet sich ja auch bei Aristoteles, dem Schüler Platons. In der Nikomachischen Ethik. Erstes Buch, 1096a heißt es *„Das auf Gelderwerb gerichtete Leben hat etwas Unnatürliches und Gezwungenes an Sich“* Aristotelisch geht es um die Mitte zwischen Geiz und Verschwendung. Ein Hinweis für heute wäre wohl, die Ökonomisierung des sozialen Lebens nicht als alternativlos zu betrachten.

Und zweitens, nicht alles, was als gemeinwohlorientiert verkauft wird, ist es tatsächlich:

- **Gesellschaftsvertrag**

Bei Rousseau im *Diskurs über die Ungleichheit* (1754) schwatzen Reiche, den Armen einen Gesellschaftsvertrag zum Eigentumsschutz auf, *„um die Schwachen vor der Unterdrückung zu schützen, die Ehrgeizigen in Schranken zu halten und einem jeden den Besitz dessen zu sichern was ihm gehört“* (Rousseau 2008, 215). Die Armen ließen sich einreden, dass Eigentumsschutz für sie ganz wichtig sei, obzwar sie gar kein Eigentum hatten; so ersann der Reiche, *„den durchdachtsten Plan der dem menschlichen Geist je eingefallen ist“* Die reiche Minderheit zieht die arme Mehrheit über den Tisch. **Rousseau entlarvte den für die Reichen so elementaren Eigentumsschutz im 18. Jahrhundert als Täuschung der Armen. In der gegenwärtigen Krise ging es unter vollmundigen Verweisen auf Solidarität genau um diesen Eigentumsschutz. „Ihr bedürft meiner, denn ich bin reich und ihr seid arm; laßt uns also ein Abkommen treffen: Ich werde gestatten, daß ihr die Ehre habt, mir zu dienen, unter der Bedingung, daß ihr mir für die Mühe, die ich mir mache euch zu kommandieren, das wenige gebt, was euch bleibt“** (Rousseau, *Ökonomie des Staates*).

Sehnsüchte von Sicherheit

Angestrebt wird Vermögen auch von den Armen: in der bescheidenen Variante eines Autos, Hauses oder Schrebergartens und in den unbescheidenen Sehnsüchten beim Glücksspiel. In der Lotterie lebt die Hoffnung der Armen auf Reichtum und in den Tagträumen gelingt der faktisch unmögliche soziale Aufstieg. Daher geben die eklatanten sozialen Ungleichheiten selten Grund zum Aufbegehren. Das Träumen von Reichtum und sozialem Statusgewinn macht aufstiegssolidarisch. Meines Erachtens ist es die mit Reichtum verbundene gesellschaftliche Anerkennung, die diesen so attraktiv erscheinen lässt. Wäre die gesellschaftliche Anerkennung anders gelagert, dann würden sich vermutlich auch die Sehnsüchte verschieben.

Eigentum gibt Sicherheit, und wenn es hoch ist, so kann die damit verbundene Sicherheit auch noch an die Nachkommen vererbt werden. **Am weitesten in der Absage an das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit gehen daher Gegner einer Erbschaftssteuer. Denn Erbschaften bilden die Ungleichheitsdomäne schlechthin: einige Wenige erben gewaltige Vermögen, und die meisten erben nichts. Doch oft ist auch in der Vorstellungswelt der Armen vererbbares Eigentum positiv besetzt. An das eigene Einkommen müssen die Erwartungen notgedrungen bescheiden bleiben, aber den Kindern soll es einmal besser gehen. Das Sparbuch für die Enkelkinder und das kleine Häuschen der Armen versprechen ein wenig an Sicherheit. Sie bilden einen Hoffnungsanker in einer prekären Gegenwart. Vermögen dient den Armen als minimale Reserve für Notfälle, während es den Reichen Status und Macht verleiht.**

Arme Familien und reiche Dynastien können ideelle Werte teilen, während ihre materiellen Werte und Lebenswelten unterschiedlicher nicht sein können. Eine substantielle Erbschaftssteuer täte den Reichen *treffsicher* weh, sie läuft aber auch den Illusionen mancher Armen zuwider. Für die Politik erhöht dies den Anreiz sich opportunistisch an den materiellen Interessen der Reichen zu orientieren.

Schlussfolgerungen

Die Reichen haben eine schwierige Aufgabe: sie müssen 99% der Bevölkerung davon überzeugen, dass sie und der Rest gleiche Interessen haben und dies noch dazu in Zeiten, in denen nur die Reichen wirtschaftlich zulegen. Die Vermögenskonzentration ist enorm. Nach der Krise werden die Armen ärmer werden, denn bei ihnen wird der Staat sparen müssen, um die Geschenke für die Reichen zu bezahlen. *Solidarität* boomt. Nur ist es nun die Solidarität mit den Aktionären, den Anleihebesitzern und

Immobilienbesitzern, die Solidarität mit den Vermögenden also. Der kritische Diskurs wird bizarrer Weise nicht von der Politik, sondern von vereinzelt Reichen geführt. Die von politischen Parteien und den Gewerkschaften vorgeschlagenen Vermögenssteuern werden den Reichen höchstens ein mildes Schmunzeln (Lächeln) kosten. Vielleicht ist dies ihr klandestines Ziel. Klar, die politischen Repräsentanten der Eigentümer werden von Enteignung und Klassenkampf sprechen. Doch auch sie wissen, die bislang diskutierten Steuern sind billige symbolische Gesten im wahrsten Sinn des Wortes. Denn bei so niedrigen Steuersätzen werden die Vermögen weiter wachsen. Die Reichen werden demnach nicht nur reich bleiben, sondern reicher werden.

Die Übermacht des Finanzsektors bleibt bestehen. Der Staat schaltet den klassischen Bestrafungsmechanismus des Marktes – den Konkurs – aus und rettet die Gläubiger und Anleger. Mitgerettet werden dabei die hohen Gehälter der Bankmanager und die Aktienkurse. In der Krise haften die Aktionäre nicht mit ihrem Vermögen, sondern die Verluste gehörten den Steuerzahlern, mit deren Geld die Banken gerettet wurden. Dies verlängert für Aktionäre den Anreiz, dass besonders riskante Geschäftspraktiken weiter verfolgt werden.

Im vorherrschenden Neoliberalismus der letzten beiden Jahrzehnte kam es zu einer steigenden Einkommens- und Vermögensungleichheit, weil der Staat seine wirtschaftspolitische Ausrichtung (progressive Besteuerung, Kapitalverkehrsregulierung) fundamental änderte und auf eine Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte setzte. Die ungenügende politische Kontrolle ebnete opportunistischem Handeln am Finanzmarkt den Weg. Das Durchsetzen der Interessen machtvoller Finanzakteure in diesem Prozess gegenüber der Politik ist offensichtlich.

Vermögenssteuererhöhungen oder soziale Ausgabenkürzungen markieren eine zentrale Trennlinie: bei ersteren wird den Reichen das Geld genommen, bei letzteren den Armen. Die vorgebliche Alternativlosigkeit von staatlichen Sparkursen suggeriert vorab, die Armen sollen zahlen. Die gerechtere Alternative wären massive Einschnitte bei den Vermögenden. Wirtschaftspolitisch werden diese jedoch nicht diskutiert, die Debatte beschränkt sich auf nur bescheidene, symbolische Beiträge. In diesem gesellschaftlichen Kontext kann die eine Seite sehnsüchtig die Melodie der Gerechtigkeit anstimmen, während die andere Seite Klassenkampf, Neid und Enteignung ruft. Dieses Schauspiel wird den Armen aber nicht helfen, nicht einmal bei der Milderung ihrer berechtigten Wut.